

Matthias Erzberger.

Ein Mann ist den Augen der Menschmörder erlegen, angefeindet wie kaum ein zweiter in Deutschland, der aber gleichwohl eine der markantesten politischen Erscheinungen der Gegenwart darstellt. In Erzberger verkörpert sich eine politische Energie, wie sie seit Jahrzehnten in Deutschland zu den ganz großen Seitenhelfern gehört. Eben deshalb aber trug ihm seine Tätigkeit viele Gegner ein. Man bewaerte jeden seiner Schritte und Handlungen. Und da es Erzberger immer weit mehr auf das Ziel als auf die Mittel ankam, so hat er seinen Gegnern wohl auch manche Blöße gegeben, die dann allerdings von einer geschäftigen Agitation ins Maßlose vergrößert wurde. Der Schuft, zu dem ihm seine Gegner stempeln wollten, ist er nie und nimmer gewesen. Fehler und Schwächen hat er wohl gehabt und viel darum leiden müssen. Aber sie waren nicht größer als die Fehler, die man bei vielen energischen Charakteren als Rehrseite findet, nur daß ihm eben keine byzantinische Geschichtsschreibung wie anderen zur Seite stand, um den Mantel über seine Blößen zu breiten, — im Gegenteil! Der Kern seines Wollens war auf jeden Fall lauter.

Erzberger wurde am 20. September 1875 zu Buttenhausen geboren. Er war dem Stamme nach Schwabe (an der Judenlegende seiner Gegner ist auch nicht das kleinste Körnchen Wahrheit), dem Glauben nach Katholik. Beides wurde für seine politische Tätigkeit bestimmend. Sein Glaube führte ihn der Zentrums-Partei zu, seine Schwabennatur aber erfüllte ihn mit gesundem demokratischen Instinkten. Er entsagte einer Gegend, in der sich länger als in vielen Teilen Deutschlands ein starker Bauern- und Handwerkerstand erhalten hat, der die Traditionen der urwüchsigen Demokratie durch Generationen vererbt. Wie stark Erzberger in seiner Heimat wurzelte, beweist der Umstand, daß seine heimische Wählerschaft ihn immer wieder ins Parlament entsandte und unerschütterlich zu ihm hielt, auch als die Flut der Anfeindungen am höchsten ging.

Als Erzberger seine Tätigkeit in der Zentrums-Partei begann, trug diese noch einen ausgesprochen reaktionären Charakter. Sie hatte ihren Frieden mit dem alten System gemacht und unterstützte es gegen gelegentliche Konzeptionen. Der junge, kaum 23jährige Mann, der als junges Mitglied des Reichstages im Jahre 1903 dort auftrat, wurde bald das Schreckenskind seiner Fraktion. Sein demokratischer Instinkt brachte ihn in natürliche Gegnerschaft zu dem starken preussischen System, das auch das Reich beherrschte. Mit einer Schonungslosigkeit, die manchen alten Zentrumsherren erschauern machte, deckte er die Mängel dieses Systems auf. Ramentlich hatte er sich auf die Kolonialfrage verlegt. Seine Enthüllungen verschiedener Kolonialskandale trugen ihm schon lange vor dem Kriege die wütende Gegnerschaft der Alldeutschen ein. Man wollte ihn zwingen, seine Gewährsmänner preispreiszugeben, sein Abgeordnetenpuß sollte polizeilich erbrochen werden, in einem der sich anschließenden Prozesse gegen den Beamten Wistuba wurde er wegen Zeugniserweigerung in Strafe genommen. In den Kämpfen gegen den Kolonialsekretär Dernburg, die im Jahre 1906 zur Auflösung des Reichstages führten, spielte er die Rolle des Hauptangreifers.

Trotzdem darf man den Erzberger dieser Zeit nicht als ausgesprochen demokratischen Politiker ansprechen. Die Art, wie er damals die Sozialdemokratie bekämpfte, unterschied sich in nichts von der der übrigen Parteien. Aber er gehörte wohl zu jenen Leuten im Zentrum, die nach der Sprengung des Bülow-Blocks im Jahre 1908 die Koalition des Zentrums mit den Konservativen im schwarz-blauen Block als schweren Fehler erkannten. Diese Koalition trug dem Zentrum seine einzige Wahlniederlage im alten Deutschland (bei den Wahlen von 1912) ein. Der Zentrumskurs wurde wieder mehr nach links gerichtet, und im neuen Reichstag stand das Zentrum mehrfach in heftigster Opposition gegen die Regierung, es sei nur erinnert an die Zubern-Affäre. Schon damals zeichnete sich jener Regierungsbund von Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie in den Umriszen ab, der im neuen Deutschland die einzig lebensfähige Koalition werden sollte.

Bei dieser Konstellation flog Erzbergers Einfluß im Zentrum natürlich bedeutend. Trotz der Opposition der konservativen Elemente im Zentrum, die ihn zum Teil persönlich bitter haßten, wie der alte Spahn, wurde er immer mehr der ausgesprochene Führer der Partei.

Der Weltkrieg kam. Es kann nicht geleugnet werden, daß Erzberger sich in den ersten Monaten von der nationalistischen Welle hat fortreißen lassen und im Anfangsstadium des Krieges Annerzionsforderungen aufgestellt hat, die er später sicher bereuen mußte. Doch es ist kein Fehler, sondern ein Verdienst, daß er entschieden mit dieser Politik brach, sobald sein Blick sich geklärt hatte. Er erkannte rechtzeitig, daß Deutschland gegen die ungeheure Uebermacht der Gegner den zerschmetternden Sieg, der die Voraussetzung der Annerzionspolitik war, nicht erringen konnte. So wurde er ein entschiedener Vorkämpfer des Verständigungsfriedens. Nichts hat ihm mehr den Haß der Alldeutschen eingetragen, und doch war diese Verständigungspolitik das größte Verdienst seines politischen Wirkens. Sie allein hätte Deutschland vor der Katastrophe retten können, wenn sie gegenüber den Gewalten des alten Militarismus durchzusetzen gewesen wäre. Hier traf sich denn auch Erzberger mit der Sozialdemokratie. In der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie die beste und zuverlässigste Kerntruppe einer vernünftigen Außenpolitik sei, legte Erzberger anerzogene Scheu und Vorurteile gründlich ab. Die Einzelheiten dieser Periode sind so bekannt, daß sie hier nicht ausführlich geschildert zu werden brauchen. In der berühmten Sitzung des Hauptausschusses vom 6. Juli 1917 legte Erzberger schonungslos dar, daß der II-Woort-Krieg ein Fehlschlag und an Sieg nicht mehr zu denken sei. Niemand in seinem Leben hat er mehr recht gehabt als damals. Tatsächlich überzeugte er auch die Mehrheit des Reichstages. Es kam der Sturz des ewig unentschlossenen Kanzlers Bethmann Hollweg, es kam die Friedensresolution des Reichstages, deren Wirkungen aber von der Militärpartei und ihrem Kanzler Michaelis sabotiert wurden.

Es kam die Hertling-Periode, das Zentrum gelangte in die Regierung, aber der demokratisch verdächtige Erzberger wurde übergegangen. Mit ihm und der Sozialdemokratie blieb auch weiter eine energische Verständigungspolitik aus der Reichsregierung verbannt. Erst als es zu spät, als der Zusammenbruch da war, wurde Erzberger Staatssekretär in dem kurzlebigen Ministerium Rag von Boden. Ihm fiel die undankbarste aller undankbaren Aufgaben zu, den Waffenstillstand zu unterzeichnen. Er tat es auf ausdrückliche Forderung Hindenburgs.

Nach der Revolution — und das ist sein zweites bleibendes Verdienst — stellte er sich mit innerer Wärme und ohne jeden Vorbehalt auf den Boden der Republik und Demokratie. Man sah in ihm kaum noch den Zentrumsmann, sondern fast nur den demokratisch gesinnten Schwaben. Solange Erzberger das Zentrum führte, blieb es in demokratischen und republikanischen Fragen zuverlässig. Mit Hilfe des Arbeiterlagers gelang es Erzberger immer wieder, der konservativen Gegenströmungen in seiner Partei Herr zu werden. An der Schöpfung der Weimarer Verfassung hatte er als Vizkanzler hervorragenden Anteil. Als Finanzminister der

Republik schuf er dann jene demokratische Steuergesetzgebung, die heute noch seinen Namen trägt. Es ist gewiß kein schlechtes Denkmal, das er sich hier gesetzt hat. Aber die hohe Besteuerung des Kapitals verdoppelt und verdreifacht den Haß der durch die Revolution gestürzten Klassen gegen ihn. Von allen Seiten wurde gegen ihn miniert und gehöhrt, mit allen Mitteln gearbeitet und schließlich trug der Heros der Steuerflucht, Herr Hefflerich, vor einem alldeutschen befangenen Gerichtshof den Sieg über ihn davon. Zur gleichen Zeit erfolgte das erste Attentat.

In der Folge des Prozesses machte sich Erzberger vom politischen Leben zurückziehen. Trotzdem wählten ihn seine engeren Landsleute im Juni 1920 wieder in den Reichstag. Die Deutschnationalen aber fürchteten sein Wiederaufstehen, sie arbeiteten unermüdet weiter gegen ihn, doch ihre Anklagen des Meineids, der Steuerbefreiung usw. erwiesen sich als gänzlich haltlos. Der Ausschuh der Zentrums-Partei beschloß vor wenigen Monaten, Erzberger die politische Tätigkeit wieder freizugeben. Vielleicht hat dieser Umstand die Menschmörder zur Tat getrieben. Vielleicht hat sie noch der weitere Umstand befeuert, daß das Zentrum in der Person der Abgeordneten Trimborn und Burlage eben erst seine beiden Fraktionsvorsitzenden im Reichstage verloren hatte, wodurch die Möglichkeit einer erneuten Führerschaft Erzbergers wieder in greifbare Nähe gerückt wurde.

Dies sind die wichtigsten Daten aus dem Leben eines Mannes, dessen erschöpfende Darstellung nur in einer politischen Geschichte der letzten 20 Jahre gegeben werden könnte. Im besten Mannesalter hat ihn der Mord gefaßt. Für das republikanische und demokratische Deutschland ist der Verlust groß. Erzberger war kein Repräsentant der Arbeiterschaft, sondern des demokratischen Kleinbürgertums. Aber einer von denen, die erkannt hatten, daß demokratische Politik sich nur mit der Arbeiterschaft zusammen treiben lasse. Er war kein Sozialist, aber seine praktische Politik hat zweifellos für den Sozialismus fördernd gewirkt. Er hat als bürgerlicher Politiker vom ersten Tage der Revolution an eifrig und entschieden zur Republik gestanden. Die Treue, mit der er für Wählerveränderung, für Republik und Demokratie, für soziale Gesetzgebung gekämpft hat, hat er durch den Märtyrertod besiegeln müssen. Das sichert ihm, mag er uns in seiner Weltanschauung auch sonst fern gestanden haben, für alle Zeiten ein ehrendes Andenken.

Genosse Loebe über den Mord.

Die von uns an anderer Stelle schon erwähnte Aussprache der Parteiführer mit dem Reichskanzler, die am Freitag nachmittag in der Reichskanzlei stattfand, wurde auch mit der deutschnationalen Ermordung Erzbergers befaßt. Der Reichstagspräsident, Genosse Loebe, führte dazu folgendes aus:

Wir stehen alle unter dem erschütternden Eindruck der Nachricht über den grausamen Mord an dem Reichstagskollegen Erzberger, die uns soeben erreicht. Wir fehlen Worte, das Verbrechen zu kennzeichnen, an dessen politischem Ursprung kaum ein Zweifel möglich ist. Aber ich werde den Eindruck nicht los, die Revolvertugeln, die unseren Kollegen niedertraten, haben nicht nur ihn, sondern die Ruhe und den Frieden unseres Landes getroffen. Sie werden unerbennbare Folgen für unser unglückliches Volk und Vaterland haben. In dieser Stelle kann ich nur den Parteifreunden des Ermordeten meine tiefste Teilnahme aussprechen.

Während der Ansprache unseres Genossen Loebe hatten sich alle Teilnehmer der Sitzung von ihren Plätzen erhoben. Es ist wahrscheinlich, daß die Reichsregierung zu dem politischen Mord an Erzberger durch eine Kundgebung Stellung nehmen wird.

Erste Beileidskundgebungen.

Berlin, 26. August. (W.B.) Im Namen der Reichsregierung hat der Reichskanzler Dr. Wirth an die Witwe des früheren Reichsfinanzministers Erzberger nachsichendes Telegramm gerichtet: „Auf die Kunde von dem feigen Mord an dem, der an ihrem Gatten verübt wurde, gedenkt die Reichsregierung ehrend des ehemaligen Kollegen. In ihrem Namen spreche ich Ihnen die aufrichtige Teilnahme an dem schweren und grausamen Verluste aus, den Sie erlitten haben, und gebe zugleich dem tiefen Abscheu Ausdruck, den die Mordtat in ganz Deutschland erwecken muß.“

Ferner hat der Reichskanzler Dr. Wirth folgendes Telegramm an Frau Paula Erzberger gerichtet: „Erfahre soeben in Heftigem Schmerz den gewaltsamen Tod ihres Herrn Gemahls. Zu dem grausam harten Schicksalsschlag, der sie und Ihre Familie in dem verabscheuungswürdigen, feigen Mord an Ihrem Gatten betroffen hat, unterbreite ich Ihnen meine innigste Teilnahme. Gott möge Ihnen die Kraft geben, diesen schweren Schlag zu überwinden, der einem arbeitsreichen, dem Dienste der Allgemeinheit unermüdet gewidmeten Leben ein jähes Ende bereitet.“

An den Abgeordneten Diez, Oppenau, telegraphierte der Reichskanzler: „Die furchtbare Nachricht von dem schandvollen Verbrechen, das ein feiger Mörder an unserem Parteikollegen begangen, hat mich tief erschüttert. Daß nicht auch Sie ein Opfer des Mordes wurden, dazu beglückwünsche ich Sie und wünsche baldige Genesung.“

Berlin, 26. August. (W.B.) Der Reichspräsident hat an die Frau des ermordeten Reichsministers a. D. Erzberger folgendes Beileidstelegramm gerichtet: „Tief erschüttert durch die Nachricht von dem Verbrechen, dem Ihr Gatte zum Opfer fiel, spreche ich Ihnen meine herzlichste Teilnahme aus. Möge Sie das Bewußtsein trösten, daß in lebhafter Entrüstung über die abscheuliche Bluttat weite Kreise des deutschen Volkes an Ihrer Trauer Anteil nehmen.“

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Die Aussprache der Parteiführer beim Reichskanzler, die gestern stattfand, trug vertraulichen Charakter. Sie beschäftigte sich mit der Entscheidung über Oberklesien, dem deutsch-amerikanischen Friedensvertrag, der Einbringung der Steuervorlagen und der neuen Lohn- und Gehaltsregelung für die Arbeiter und Beamten.

Eine frühere Einberufung des Reichstages wurde zunächst nicht ins Auge gefaßt. Des weiteren wurde im allgemeinen Einverständnis beschlossen, auch von einer Einberufung des Auswärtigen Ausschusses vorläufig noch Abstand zu nehmen. Es ist dagegen vereinbart worden, demnächst wieder eine Besprechung der Führer der hauptsächlichlichen Parteien beim Reichskanzler stattfinden zu lassen.

Empfang des mexikanischen Gesandten. Der Reichspräsident hat heute den mexikanischen Gesandten Cabalno Davalos zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfange war der Reichsminister des Auswärtigen Rosen zugegen.

Die bayerische Regierung provoziert!

In Bayern spizen sich die politischen Gegensätze immer mehr zu. Die Ursache liegt nicht bei den Arbeitern. Die Auseinandersetzungen hatten sich notwendig aus der Stellung der Regierung Rahr und ihres Propheten, des Münchener Polizeipräsidenten Boehner, entwickelt. In Zusammenwirkung mit der zunehmenden Teuerung, der unehrlichen Weidewirtschaft der bayerischen Regierung und der Unversöhnlichkeit der bayerischen Monarchisten ist die Empörung der Arbeiter immer höher gelodert.

Für gestern abend hatten die Betriebsräte und die Gewerkschaften in München eine große Teuerungsdemonstration angelegt. Mit ihr sollte die Richtung des politischen Willens der Münchener Arbeiterschaft klaren Ausdruck finden. Unser Parteiblatt hat offen ausgesprochen, daß in den derzeitigen Zuständen eine Konfliktsgefahr liege, daß die Arbeiterschaft sich deswegen halten müsse, durch Spiegel und andere unsaubere Elemente zu unklugen Handlungen verleitet zu werden. Dennoch ist alles, was rechts von der Republik steht, in München und weit darüber hinaus in heller Aufregung. Beachtenswert ist, daß die großen Depeschbüros wie die „Dena“ und die „Teleunion“ die habnenbüchsten Alarmnachrichten verbreiten. Die Ill. meldet z. B., daß die Lage in München als sehr ernst angesehen werde. Die Regierung werde „mit allen Mitteln“ entschlossen sein, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Truppen seien aus Grafenwöhr zurückberufen und würden vollständig ausgerüstet durch die Stadt marschieren. Die „Dena“ wagt es sogar, folgenden Satz zu verbreiten: „Wenn es nach dem Willen der Führer geht, müssen diese Demonstrationen, die einen rein politischen Charakter tragen sollen, zu ernstern Zwischenfällen führen.“ Es sei auch der Befehl gegeben, daß jeder Arbeiter Frau und Kinder zur Demonstration mitnehme, ängstliche sollten zu Hause bleiben und ähnliches mehr!

Die bayerische Regierung hat in einer Erklärung die Bevölkerung dringend gewarnt, sie werde „mit allen Mitteln Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht erhalten“. In Auswirkung dieses reaktionären Uebermutes hat der Polizeipräsident Boehner eine Bekanntmachung an den Straßenecken und Wackstücken ankleben lassen, die besagt: „Die Gewerkschaftsvereine und Betriebsräte Münchens veranstalten eine Kundgebung gegen die Teuerung. Sicherem Vernehmen nach sind im Anschluß an diese Versammlungen Straßenkundgebungen zum Zwecke einer politischen Umwälzung geplant. Kundgebungen der Strafe sind verboten. Ich werde sie mit allen Mitteln rücksichtslos unterdrücken. Wer sich vor Schaden bewahren will, meide die Straße.“

Wer die von uns zusammengestellten Tatsachen ruhig überprüft, wird darüber klar sein, daß die bayerische Reaktion zu einem entscheidenden Schlage gegen die Republik ausholt. In München, wo man sich am sichersten fühlt, wo man glaubt, sich alles leisten zu können, will man es darauf ankommen lassen. Wie weit das geht, zeigt der nachfolgende Drahtbericht unseres Spezialkorrespondenten über die — Königsgeburtstagsfeier in München:

In der Hofkirche wurde aus Anlaß des Namensstags des ehemaligen Königs Ludwig von Bayern eine Messe gelesen, zu der sich die Familienangehörigen des Königshauses in beträchtlicher Zahl eingefunden hatten. Die Kirchenbänke waren fast ausschließlich von früheren Hofbeamten, verabschiedeten und „verfassungstreuen“ aktiven Staatsbeamten, besetzt. Die Bayerische Königspartei war mit ihrer Fahne am Platze erschienen. Auch in anderen Kirchen feierte man den Tag. Das Ludwigsdenkmal an der Har zeigte Blumenschmuck. Schon am Abend vorher hatte die Bayerische Mittelpartei eine Versammlung im Hofbräuhaus einberufen, die unter der Leitung des Obersten v. Islander in eine offene monarchistische Kundgebung ausartete. Islander präsidierte mit herben Worten die Taten der bayerischen Löwen im Weltkrieg und setzte den bayerischen Führern einen feischen Lorbeerkrans aufs unsterbliche Haupt. Nach einem Hoch auf den ehemaligen König und das Haus Wittelsbach sang die Versammlung stehend die Königshymne und „Deutschland über alles“. Das geschah alles unter den Augen des Herrn Boehner!

Die reaktionäre Hehe wird in Bayern durch die kleine monarchistische Landpresse ausgebaut. Ihr Hauptling ist der „Miesbacher Anzeiger“, der seine Hauptaufgabe in der Pflege der niedrigen Instinkte und gefährlichsten politischen Leidenschaften sieht. Alle Republikaner ohne Unterscheidung der Partei müssen sich darüber klar werden, daß es so, wie es jetzt von Bayern aus unter dem Echo der immer frecher werdenden Schuldigen an Deutschlands Zusammenbruch getrieben wird, nicht mehr weiter gehen kann. Wir wollen und werden uns und die Republik zu verteidigen wissen. Der schärfste Kampf muß allem angelegt werden, was Deutschland, das sich eben mühsam aus dem Elend des Eroberungskrieges der Ludendorffe zu erheben beginnt, erneut in das Chaos zurückstürzen will. Wenn es noch nie gegolten hat, jetzt gilt es. Seien wir bereit!

Ebert an die Republikaner in München.

Reichspräsident Ebert hat folgendes Danktelegramm an die Leitung des republikanischen Reichsbundes gerichtet: Ueber die an mich gerichtete Kundgebung des republikanischen Reichsbundes aus Anlaß der Verfassungsfest und die Bekundung treuen Festhaltens an der Verfassung der deutschen Republik habe ich mich sehr gefreut. Für die mir gemeldeten freundlichen Grüße danke ich Ihnen, indem ich sie herzlich erwidere. Dem Bund und der Bundesleitung wünsche ich für weiteres Wirken für den Reichsgedanken und die demokratische Verfassung des Reiches guten Erfolg.

München, 26. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die von den Münchener Gewerkschaften und Betriebsräten einberufenen Massenprotestversammlungen haben an Wucht und Eindruck alles bisher Dagewesene weit übertroffen. Die Zahl der Teilnehmer aus dem werktätigen Volk ist mit 50 000 nicht zu hoch gegriffen. Alle öffentlichen Säle waren gefüllt, in den Biergärten und selbst auch auf den Straßen standen die Genossen zu unübersehbaren Massen Schulter an Schulter gedrängt. Im Rindkeller sprach vor zirka 8—9000 Zuhörern der Münchener Betriebsrat Freiwilker. Er wies auf das ungeheure Elend hin, das der Krieg über uns gebracht hat. Seine Ausführungen gipfelten in den Forderungen: 1. Anerkennung der 10 Punkte des allgemeinen Gewerkschaftsbundes; 2. Die Errichtung einer Zentrale aus den Kreisen der Betriebsräte, die die Löhne nach der jeweiligen Indizes festsetzt; 3. Einföhrung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern und 4. die Planwirtschaft. Die Versammlung stimmte auch dem Redner in seiner Behauptung, die politische Selbständigmachung Bayerns sei gleichbedeutend mit dem wirt-

Die „reaktionäre Masse“ im Roten Hause.

Nur eine Politik sozialistischer Zuverlässigkeit ist möglich.

Der „Bürgerblock“ für die kommenden Stadtverordnetenwahlen scheint auf Schwierigkeiten zu stoßen, so sehr man sich auch auf Seiten der Reichsparteien um sein Zustandekommen bemüht hat. Er wird also im Wahlkampf vermutlich äußerlich nicht in die Erscheinung treten. Um so nachdrücklicher muß darauf hingewiesen werden, daß er innerlich längst besteht, daß eine Ideen- und Interessengemeinschaft zum Schutze der heiligsten Güter der bestehenden und bevorrechtigten Kreise in Groß-Berlin längst geschlossen worden ist. Der Kommunalstreik unter Merten- siders Führung hat sich selbst in kulturellen Fragen als so reaktionär erwiesen, daß er den Wettbewerb mit den Deutschnationalen getrost aufnehmen konnte.

Kein Wunder also, daß er erst recht in allen Fragen, die Arbeiterinteressen oder die Interessen der ärmeren Bevölkerung angingen, in erster Linie in Lohn- und Steuerfragen Arm in Arm mit der Reaktion gegangen ist.

Der Kampf geht also in Groß-Berlin in der Tat gegen eine einheitliche, „reaktionäre Masse“, die sich mit Händen und Füßen, mit allen ihren reichen Macht- und Geldmitteln gegen eine fortschrittliche und arbeitserfreundliche Kommunalpolitik sträubt. Der Kampf wäre schon während der kurzen Lebensdauer der bisherigen Stadtverordnetenversammlung leicht gewesen, er wäre auch in Zukunft leicht, wenn diesem „Bürgerblock“ eine Einheitsfront der Berliner Arbeiterschaft entgegenstände, wenn eine vom Verantwortungsbewußtsein getragene, geschlossene sozialistische Mehrheit eine zielsichere Realpolitik im Rahmen des zurzeit Erreichbaren zu betreiben bereit wäre.

Wir wissen, daß das leider bisher nicht der Fall war, daß die kommunistische Fraktion alles darauf angelegt hat, um durch rein agitatorische Anträge und Forderungen, an deren Erfüllbarkeit sie selber am allerwenigsten glaubte, die sogenannte sozialistische Mehrheit zu sprengen. Wir haben es mit Beispielen erleben müssen, wie ihre Mitglieder das Stadtparlament zur Schwärze und Madrubude und zuletzt nur zum Kaufboden gemacht und dadurch jener reaktionären Masse das willkommenste Wasser auf ihre Mühlen geleitet haben. Die Kommunisten haben sich ein billiges Vergnügen daraus gemacht, in Fällen, wo unsere Fraktion im Interesse der arbeitenden Bevölkerung einmal mit den bürgerlichen Parteien stimmte, den böhmischen Ruf von der „reaktionären Masse“ zu erheben. Sie haben von uns die Dichtung dafür erhalten, als sie so mandamentlich — namentlich in Steuerfragen — gegen die wirklich sozialistischen Parteien mit den Deutschnationalen zusammen gestimmt haben. Wo es ihrem Agitationsbedürfnis entsprach, haben sie skrupellos die augenblickliche Not der Arbeiterschaft beiseite geschoben und sind Arm in Arm mit der Reaktion gegangen. Wir werden es der Berliner Arbeiterschaft in aller Deutlichkeit zu sagen haben, daß die Kommunisten im Roten Hause nicht nur Schrittmacher der Reaktion gewesen sind, sondern daß ihre Agitationspolitik selbst im letzten Grunde so reaktionär wie möglich gewesen ist. Denn wer bei seinen politischen Forderungen und Anträgen die bestehenden Verhältnisse mit demselben Salomortale überprüft wie die wirtschaftlichen Möglichkeiten, der hindert gerade dadurch eine wirkliche Realpolitik im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung. Die Alles-oder-nichts-Politik der Kommunisten laßt ihre selbstverständliche Bindung in der Ablehnung des Staats, über deren geradezu verheerende Folgen für die Arbeiter- und Beamtenchaft Groß-Berlins und für die Selbstständigkeit und Entschlossenheit der Einheitsgemeinde sie sich keine grauen Haare wachsen ließen.

Leider haben sie ja hierbei die unabhängige Fraktion an ihrer Seite gesehen. Auch sie hat nicht erkannt, welchen Werdendienst sie mit diesem sinnlosen Beschluß ihrem sozialistischen Manifest, der sozialistischen Mehrheit im Roten Hause und zuletzt dem Sozialismus überhaupt leisten würde. Sie hat es trotz unserer Warnung nicht einsehen wollen oder können, daß gerade dadurch die Stellung der Reaktion ganz außerordentlich gestärkt werden mußte. Wir sind gern und freudig ein armer Süd des Dornenweges, der vom Trümmerhaufen der verantwortungslosen Agrarwirtschaft in der Berliner Kommunalpolitik bergan läßt, mit den Unabhängigen zusammen gewandert. Wir haben oft genug eigene berechtigte Interessen hintangeseht, oft mit ihnen gemeinsam sozialistische Gemeindepolitik im Roten Hause getrieben. Um so mehr sind wir aber jetzt berechtigt und verpflichtet, ihnen zu sagen, daß es so nicht angehen kann, daß der eine Weggenosse sein Bündel einfach zur Erde wirft, wenn es ihm ein bißchen schwer auf den Schultern drückt, und dem

anderen zuzieht: Trag du's gefälligst allein! Eine solche Politik sozialistischer Unzuverlässigkeit muß den Einfluß der Reaktion stärken.

Der Bürgerblock geht in diesem Kampf auf's Ganze. Gelingt es der reaktionären Masse jetzt im Rathaus die Mehrheit zu erlangen, so ist es mit dem begonnenen neuen Kurs in der Berliner Kommunalpolitik vorbei. Wir haben jetzt schon in der Steuerpolitik wie in der Schulpolitik gesehen, wie die alten „Verbündeten“ und der alte Einfluß der kommunalen Reaktion bei den geistesverwandten Stellen in der preussischen Staatsregierung noch ungeschwächt fortbestehen, wie die vereinigte Reaktionsfront alles daran legen, um der sozialistischen Kommunalpolitik Anspül zu werfen. Nur eine Partei, die diese Schwierigkeiten und Mißstände klar erkennt, wird sie besiegen. Dazu trägt aber weder kommunistische Weitsichtigkeit, die vor lauter Zukunfts- hoffnung nicht die Not der Augenblicke sieht, noch „unabhängige“ Kurzsichtigkeit, die die Wirkungen der engherigen Schaulust nicht zu erkennen vermag, sondern nur der klare Blick für das Mögliche und Erreichbare, der dabei das Ziel nicht aus den Augen läßt. Die „reaktionäre Masse“ kann nur Niedergerungen werden durch eine wirklich sozialistische Mehrheit, in der die Sozialdemokratische Partei nach ihrer Zahl und ihrem politischen Einfluß den entscheidenden Ausschlag gibt.

Richard Lehmann.

Die Wahl der Berliner Schulleiter.

Ein Versuch zur Sabotierung der Einheitsgemeinde.

Das Bezirksamt Tiergarten hat gegen die Wahl der Direktoren der höheren Schulen durch den Magistrat Einspruch erhoben und für sich das Recht beansprucht, die Wahl für die in seinem Bezirk liegenden Schulen vorzunehmen. Wird dieser Einspruch als berechtigt anerkannt, so müssen sämtliche Schulleiter und Lehrpersonen, welche in der bisherigen Stadt Berlin ange stellt werden sollen (den Verwaltungsbezirken 1—6), durch die Bezirksämter gewählt werden. Denn das Gesetz kennt in dieser Beziehung keinen Unterschied zwischen höheren Schulen und Volksschulen, zwischen Lehrern, Lehrerinnen und Schulleitern. Das Provinzial-Schulkollegium teilt diese Ansicht des Bezirksamtes Tiergarten und will sich wegen der Wahl von 36 Direktoren an die 6 Bezirksämter wenden. Der Magistrat hat sich dagegen für zuständig erklärt, die Wahl selbst vorzunehmen. Dazu ist folgendes zu sagen.

Befamlich ist auf einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung der bisherigen Stadt Berlin in dem Gesetz vom 27. April 1920 bestimmt worden, daß für diese ein einheitlicher Bezirkschulsausschuß für die höheren Schulen und eine einheitliche Bezirkschuldeputation für die Volksschulen und die Mittelschulen gebildet werden soll. Da diese Körperschaften aber für die Wahl von Lehrpersonen und Schulleitern nur Vorschläge machen können, ist nicht klar im Gesetz zum Ausdruck gebracht worden, wer die eigentliche Wahl vorzunehmen hat. Die Bezirksämter kommen für die Wahl nicht in Frage. Denn weder der Oberstadtschulrat noch seine Deponenten haben in ihnen sich und Stimme. Wer soll dann aber die Anträge des Bezirkschulsausschusses und der Schuldeputation begründen? Die Bezirksamtsmitglieder sind über die vorgeschlagenen Personlichkeiten nicht unterrichtet und können sie nicht wählen. Da die Bezirksämter politisch ganz verschieden zusammengesetzt sind, so würden sie auch oft die vorgeschlagenen Bewerber ablehnen. Die einheitliche Schulverwaltung in der bisherigen Stadt Berlin wird also auf diese Weise unmöglich gemacht. Ich kenne auch keinen Fall, wo eine Angelegenheit von einer Deputation vorberaten und dann von mehreren Körperschaften beschlossen wurde. Das ist direkt widersinnig. Da das Fach- und Fortbildungswesen in der ganzen Stadtgemeinde Berlin einheitlich bleiben soll, ist die Wahl der Lehrpersonen für diese Schulen auch im Gesetz den Bezirksämtern, nicht aber dem Magistrat zugesprochen worden.

Die ganzen Bestrebungen, die einheitliche Schulverwaltung in der bisherigen Stadt Berlin zu beseitigen, sind nur daraus zu erklären, daß man die Einheitsgemeinde Berlin bekämpfen will. Eigenartig ist es, daß gerade das Bezirksamt Tiergarten, in dem die Deutsche Demokratische Partei das Maximum an der Macht bildet, den Anstoß zum Kampf gegen die einheitliche Schulverwaltung in der bisherigen Stadt Berlin gegeben hat. Denn der in dem Verwaltungsbezirk wohnende Cassel hat sich sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch in der Preussischen

Landesversammlung entschieden gegen die Zerstückelung der einheitlichen Schulverwaltung ausgesprochen.

Um besten wäre es, wenn aus den Bezirksämtern 1—6 durch ein Ortsgesetz eine besondere Körperschaft gebildet würde, welche in Alt-Berlin die Lehrer und Schulleiter wählt und für die Schulen die Befugnisse hat, welche in den übrigen Verwaltungsbezirken (17—20) den Bezirksämtern übertragen sind. Es würde genügen, wenn jedes Bezirksamt 3 Mitglieder in diese Körperschaft entsenden würde, so daß sie dann aus 18 Personen bestünde. Dann wäre die einheitliche Schulverwaltung gewährleistet. Der Oberstadtschulrat oder die beiden Deponenten für die höheren Schulen und für die Volksschulen könnten dann die Anträge des Schulsausschusses und der Schuldeputation selbst begründen.

Erich Witte.

Wo die Reiher horsten.

Einer unserer Genossen, der vor einiger Zeit mit dem Boot bei der langgestreckten zauberhaften Smöde zwischen den dichtbebaubten Hochwäldern der herrlichen Dubrowforst hinter Königsruhshausen ongelegt, hatte das zweifelhafte Glück, einen halboberungerten jungen Fischreier, der immerhin schon die respektable Größe eines Huhnes hatte, zu finden. Das ist in Gegenden, wo der Reiher horstet, nichts so Seltenes, da die alten Reiher richtige Nabelstern sind und ein aus dem Neste gefallenes oder auch gestößenes, noch nicht kluges Junges einfach seinem Schicksal überlassen. Gern holen sich Füchle oder Marder die Beute. Sie sind keine Kostverächter, wenn ihnen auch der fischige Geschmack des Reiherfischchens nicht als Delikatesse gilt. Der Finder nahm das junge Tier mit auf sein Boot und versorgte es reichlich mit schnell gefangenen Fischen. Dann machte „Wilhelm“, da er ja noch nicht die Fähigkeit zum Aussteigen besaß, wochenlang die ganze Ferienreise im Boot über märkliche Flüsse und Seen mit, überall von Wandernern, Rudernern und Seglern nicht schlecht angestaunt. Munter hockte er meist auf dem kühnsten Bootsrand und äugte nach seiner im Wasser schwimmenden Lieblingspeise, die ihm noch so unerreichbar war. Bald aber zeigte sich, daß es doch nicht so ganz harmlos ist, sich so einen angehenden Seeräuber als Hausfreund zu halten. Als die Bootreise zu Ende gegangen war und die Fische nicht mehr so reichlich wie bisher auf der Reihertafel prunkten, haßte „Wilhelm“ mit seinem schon recht ansehnlichen scharfen Schnabel nach jedem in seine Nähe kommenden nackten Menschlein und brachte einmal einem Rinde eine starkblutende Wunde im Gesicht bei. Wegen dieser allzuheißhellen Gelüste fand „Wilhelm“ einen unheimlichen Tod. Er wurde geschlachtet und wanderte zum Ausstopfer.

Wer bei einer Wanderung durch die Dubrow hinter Peleros und vor dem nach den Forsthäusern Dubrow und Souborg führenden breiten Waldweg die unweit vom Meer gelegenen berühmten Reiherhorste aufsucht, ist stark enttäuscht. So ein Horst von hundert und mehr Reihern auf beschränkter Fläche ist ein großer Mord mitten im Walde. Der ganze Boden ist gebümt mit tausenden Fischresten, und auch an zahlreichen Baumstämmen sieht man unter den Rindern, was von den geräuberten Fischen nach natürlichem chemischen Umwandlungsprozeß übrigblieb. Das hat früher die anderen Wälder und ihre Nachkommen nicht gehindert, hier alljährlich einmal im Dreck zu waten und Dutzende der stolzen Luftkugler herunterzuknallen. Heute besorgen den Abschuh nur die Förster in notwendigen Grenzen, da die einstigen Herren der Wälder weit vom Schuß sind. Ein Wachwuchern des überaus gefräßigen Fischreier könnte die Reihertafel in den Wäldern Teupliger Gewässern empfindlich schädigen.

Einträgliches „Wohnungsgeschäft“.

Wie man die Wohnungsnot geschäftlich ausbeutet.

Die Prototypen gewisser Mittelburgen, die sich mit dem „Wohnungsgeschäft“ beschäftigen, wurden in einer Verhandlung vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts (Wohnungsnot) entführt. Der Agent Ernst Kempel und der Kaufmann Willi Grün waren des Betrugs in mehreren Fällen beschuldigt.

Kempel hatte im Juli 1920 in der Mühlener Straße ein Bureau unter der Bezeichnung „Zentral-Anstalt für Wohnungsgeschäft“ eröffnet, ohne der Behörde hieron Anzeige zu machen. Im großen und ganzen soll keine Täuschung darin bestanden haben, die Meldungen von Interessenten des Wohnungsgeschäfts, die sich auf Grund seiner Anzeigen an den Anstaltsleiter bzw. auf seine Zeitungsinserate hin an ihn gewandt hatten, auf einem Formular entgegenzunehmen. Die Interessenten hatten dann eine Schreibgebühr von 15 M. für das Zimmer zu zahlen und erhielten dafür die tröstliche Info, daß durch seine Vermittlung bald ein passender Wohnungsaustausch zustande kommen würde. Kempel stellte dann die

Das Glück unzähliger Ehen ist an der Kälte der Einsamkeit gestorben, unzählige Frauen frieren, — auch die, von denen man sagt, daß sie glücklich seien.

Die Liebe ist eine Blüte, aber eine jede Blüte entfaltet sich, prangt eine Zeitlang, um dann zu sterben. Blumen sind für die Feste da, aber Feste feiert man nur einmal, der Rest ist Alltag.

Der Alltag trennt die Gatten, treibt sie voneinander weg, weist jedem seinen Weg, den sie oft gehen, ohne sich wieder zu begegnen. Und doch fesselt beide ein Band, an dem sie um so stärker zerrn, je weiter sie voneinander abtrotzen. Sie sind allein, einsam und müssen doch zu Zweien gehen. Das ist ihr Fluch.

Die Liebe, die an Enttäuschungen erfriert, erstarrt, und die starre Kälte ist der Boden, auf dem langsam und hart der Haß aufwächst.

Und in der Ehe ist selbst der Haß gebunden, ist von tausend Fesseln umschlungen, die ihm den Atem nehmen, so daß er leucht und stöhnt und doch keine Möglichkeit findet, sich zu entladen.

Er wird scheu und schielend und leis und hämisch, er lerni die Kunst der Nabelstiche, von denen tausend sicherer töten als ein Hieb, die halben Worte und verhallenen Gesten, die den anderen erzittern machen, den stimmen, passiven Widerstand, an dem jede Bemühung scheitert.

Eine solche Ehe ist eine Gruft. Moder umweht sie. Allein es kann ein Tag kommen, an dem das Band, das die Konvention geschmiedet hat, zerreiht. Alles Gift, das sich durch Jahre angesammelt hat, springt dann empor, der Haß glüht nicht mehr, er flammt auf, wird groß und übermächtig und befreit sich selbst.

Es ist der Tag der Abrechnung. Schulden werden zu Schulden gefügt, die Soll-Seite schwillt an und wird schwarz, während die Haben-Seite leer bleibt, ein dürftiges Blättchen, das der Sturm blinden Jornes hinwegwegt.

Es ist ein Kampf, in dem es keine Gnade gibt und in dem dennoch keines siegt, weil beide von vornherein schon verloren waren. Man trennt sich und bleibt einander trotzdem nahe. Nur der Tod löst den Bakt zweiseitig, die sich einmal dem Zwang gebeugt hatten, der Ehe heißt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Reisner winkte müde mit der Hand. „Gut, ich gönne es Ihnen. Und denken Sie nicht allzu schlecht von mir.“

„Ich werde gar nicht über Sie nachdenken, ich wüßte nicht, weshalb ich das tun sollte. Ich werde leben und für den Rest meiner Tage Herr sein. . . . Leben Sie so gut, als Sie es können, — mir ist es gleich! Adieu!“

Reisner öffnete ein Fenster. Ein warmer Augustabend wehte ihm entgegen. Die Straße hinauf und hinab eilten vereinzelt Fußgänger, zwischendurch auch Kinder, vornehm angezogen, sauber und gesund, mit Bonnen, die sie behüteten. Eine heitere Sicherheit lag auf allen ihren Gesichtern, und es gab nichts, das diese trüben konnte, denn man war in dieser Gegend sehr reich.

Reisner schloß das Fenster wieder und zog alle Vorhänge zu. In diesem Halbdunkel sah er dann und brütete vor sich hin.

Nein, es war ausgemacht: sein Kind sollte es gut haben und auch seine Frau sollte es gut haben!

Ein Gefühl der Freude durchströmte ihn. Er hätte nicht geglaubt, daß es so leicht war, sich selbst zu vergessen und nur an andere zu denken. Und er seufzte lang auf.

Dann machte er Licht und setzte sich an den Schreibtisch. Noch viel war in Ordnung zu bringen. Vor allem wollte er an Behrens schreiben, der seine Adresse auf dem Schreibtisch zurückgelassen hatte. Und dann wollte er mit Lucie reden. Es war ja alles so einfach. . . .

25.

Wieviele Ehen gibt es, von denen man vorbehaltlos behaupten kann, sie seien glücklich? Und wenn sie es sind, wodurch sind sie es? Durch Harmonie? Durch die Liebe? Durch die Kinder? Durch Resignation? Durch die Betätigung des Willens, die Pflicht zu tun? Durch jenes Bedürfnis, das nach Ruhe verlangt und das Fügsamkeit und Unterwerfung ermöglicht? Und liegt dem Glück oblige Bewußtheit zugrunde? Oder schwebt das Glück nur unbestimmt im Unte-

bewußtsein, dämmernd, kaum wahrnehmbar? Saugt das Glück und tritt es stolz und breit auf? Oder ist es ein in sich versunkenes Schweigen, das scheu vor jedem Tageslicht zittert?

Wer die Ehe kennt, zuckt schmerzlich auf, wenn er hört, daß man von ihrem Glück spricht. Wer darf überhaupt vom Glück der Ehe sprechen? Ein Junger? Er kennt nur einen Teil jenes Weges zu Zweien, der ein langsames Kriechen auf eine Höhe hinauf und dann wieder ein mühsamer Abstieg ins Tal hinunter ist. Vielleicht ein Reifer? In ihm erstickt der Vollbesitz aller Kräfte den leis und zaghaft schweifenden Gedanken. Ein Alter? Er ist müde und liebt es nicht, zu reden, denn er will vergessen. Ein Ehemann? Er ist besessenen. Ein Junges? Er ist ahnungslos. . . . Aber vielleicht ein Dichter? Er sieht die Zusammenhänge zwar nicht, doch er fühlt sie. Durch die Wirrnisse der Welt und der Seele führt ihn, der äußerlich blinder ist als alle anderen zusammen, der sichere Instinkt des Unausprechlichen und Ewigen, des Geistes. Und der Dichter sieht auch das Glück der Ehe nur als eine Sehnsucht, die blau und froh hinausstarrt und die doch eines Tages wiederkehrt und weiß, daß sie nie gestillt wird.

Die blau und froh hinausstarrt und resigniert zurückkehrt, um einen geborgenen Winkel aufzusuchen und dort zu warten. . . . Worauf? Sie weiß es nicht. Vielleicht auf das Vergessen. . . .

Viel zu überchwänglich hat sie gehofft, als daß es möglich wäre, daß ihre Hoffnung sich erfülle. Enttäuschungen aber will man vergessen. Die Zeit hat ein großes, graues Tuch, das alle Enttäuschungen laßt bedeckt. Niemand stirbt unter dieser sanften, grauen Decke. Nur dämpft sie das helle Licht seiner Zuerst und Wünsche.

Die Einsicht kommt, sie ist schon ein halbes Vergessen. Und doch bringt sie sofort eine neue Sehnsucht mit, denn es lebt kein Mensch, dessen Niederlagen so groß wären, daß er nicht immer wieder von neuem hoffte.

Indem man das Gestern vergißt, glaubt man an das Morgen. Und wer dem einen kalt oder mit Haß gegenüber steht, hat den Wunsch, den anderen lieben zu können. Der Mensch, der einsam ist, friert. Der Mensch will und braucht Wärme.

